

Rechtsprobleme vereinten Deutschlands*

Chong-Ko Choi

Vorwort

Wie wir alle gesehen haben, ist die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Okt. 1990 erreicht worden. Man darf den Vorgang getrost als ein Wunder bezeichnen. Ein Wunder liegt nicht nur darin, daß es überhaupt dazu gekommen ist. Ein Wunder ist es auch, daß die Herstellung der Einheit Deutschlands von Anfang bis Ende auf friedliche Weise gelungen ist. Und schließlich ist es ein Wunder, daß dieser Vorgang sich in einem Tempo abgespiegelt hat, das uns auch heute noch gerade unglaublich erscheinen mag. Auch die vielen Fragen, die bei der Herstellung der Rechtseinheit zwischen der beiden deutschen Staaten zu lösen waren, sind mit einer Schnelligkeit entschieden, die viele beunruhigt und überrascht hat.

Im folgenden, möchte ich einige Problemkreise und Lösungsversuche im Wege zur Rechtseinheit skizzenhaft darstellen.

I. Im Bereich der Verfassungs- und Völkerrechts

Im Zuge des Einigungsprozesses hat sich eine spannende verfassungspolitische Debatte über den richtigen Weg zur Einigung entzündet. Hier kann ich darüber nicht im Detail sprechen.

* Dieser Beitrag wurde verfaßt als Vortrag für das internationale Seminar "Wiedervereinigung Deutschlands und die Aussichten" (1.- 2. Nov. 1991, Seoul), veranstaltet vom Institut für Deutschlandforschung der Seoul National Universität.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik berührt nicht deren Identität als Staats- und Völkerrechtssubjekt. Diese stellt unverändert die den deutschen Staat fortsetzende Bundesrepublik dar. Dagegen ist der Staat DDR mit dem Beitritt zur Bundesrepublik untergegangen. Die Abtrennung der vormals deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße wird ein Zusammenhang mit der Vereinigung der deutschen Staaten förmlich bestätigt. Die Vier-Mächte-Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes ist beendet. Deutschland erlangt seine Souveränität wieder.¹⁾

II. Im Bereich des Zivilrechts

Was das Zivilrecht anlangt, so war von Anfang an klar, daß das Recht der BRD, soweit es von Bedeutung für die Gestaltung und Abwicklung wirtschaftlicher Beziehungen ist, auch auf dem Gebiet der DDR würde eingeführt werden müssen. Soweit das Zivilrecht hingegen die sonstigen persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen zu den Bürgern ordnet, war das durchaus zweifelhaft. Insbesondere wurde geltend gemacht, daß das Zivilgesetzbuch der DDR von 1975 eine vergleichsweise moderne, von der Bevölkerung der DDR akzeptierte Kodifikation darstelle und daß deshalb erwogen werden müsse, ob nicht das Familie- und Erbrecht, als vielleicht auch das Haftungsrecht der DDR für eine Übergangszeit eine Geltung behalten werden solle.²⁾

Für die Dauer der Übergangszeit hätten nämlich kollisionsrechtliche Regeln entwickelt werden müssen, nach denen z.B. zu

- 1) Rudolf Steinberg, Die deutsche Einheit 1990: Verfassungs- und völkerrechtliche Voraussetzung und Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit am 3. Okt. 1990. Referat gehalten in Seoul am 12. Okt. 1990.
- 2) Heinz Kötz : Haftungsrecht in Deutschland. Ein Vergleich zwischen dem Haftungsrecht der beiden deutschen Staaten, Vortrag gehalten in Seoul am 12. Okt. 1990.

beurteilen gewesen wäre, ob sich die Scheidung einer Ehe, die zwischen Bürgern aus den beiden Teilen Deutschlands geschlossen worden ist, nach west- oder nach östdeutschen Scheidungsrecht richtet. Das hätte die Rechtsanwendung erheblich kompliziert. Aus dem Einigungsvertrag, ergibt sich, daß BGB als ganzes am 3. Okt. 1990 in den fünf neuen Bundesländern in Kraft tritt. Zwar hat man insbesondere für den Bereich des Familien- und Erbrechts gewisse Ausnahmen gemacht. Aber diese Ausnahmen sind ohne größere praktische Bedeutung. Was das Haftungsrecht anlangt, so findet sich im Einigungsvertrag lediglich eine Vorschrift, nach der die Bestimmungen der Artikel 823-853 BGB nur auf solche Handlungen anzuwenden sind, die nach dem 3. Okt. 1990 begangen wurden. Das bedeutet, daß das Haftungsrecht des Zivilgesetzbuches der DDR nur noch für solche schädigenden Handlungen gilt, die vor dem Stichtag verwirklicht worden sind.

Prof. Kötz von Hamburg meint, daß eine ganze Reihe von Punkten gibt, in denen das Haftungsrecht der ZGB Reformenstöße geben kann, die bei der Modernisierung des Gesamtdeutschen Haftungsrechts ernsthaft in Betracht gezogen werden sollten.³⁾

Als möglicherweise noch brisanter werden sich Bestimmungen im Einigungsvertrag erweisen, durch welche die Rückgängigmachung von Enteignungen durch die Sowjetischen Besatzungsmacht in den Jahren 1945 bis 1949 ausgeschlossen wird. Eine Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichszahlungen ist dem zukünftigen gesamtdeutschen Parlament vorbehalten.

Nach Einigungsvertrag, wird das Vermögen der DDR, das unmittelbar bestimmten Verwaltungsaufgaben dient (Verwaltungsvermögen) Bundesvermögen (Art. 21). Das Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens - Treuhandgesetz - vom 17. Juni 1990 gibt mit Wirksamwerden des Beitritts fort. Die Treuhandanstalt ist auch künftig damit beauftragt, gemäß den Bestimmungen des Treuhandgesetzes die

3) H. Kötz: *ibid.*

früheren volkseigenen Betriebe wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren (Art.25). Sie ist rechtsfähige bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts.

III. Im Bereich des Strafrechts

Zwei Problemkreise lösten während der Verwaltungshandlungen heftige Kontroversen aus: ihre Regelung im Einigungsvertrag bleibt bis zum heutigen Tage umstritten.

Der wichtigste betrifft die Strafbarkeit der Abtreibung. Für diese besteht in der DDR Straffreiheit, wenn die Abtreibung in der ersten drei Monaten der Schwangerschaft vorgenommen wird(Fristenlösung), während in der Bundesrepublik die Straffreiheit nur in besonderen Fällen(Indikationslösung) verbunden mit einer Beratungspflicht vorgesehen ist.⁴⁾ Vor allem fordern Frauengruppen die Übernahme der DDR-Regelung für ganz Deutschland. Damit liegt hier einer der ganz wenigen Fälle vor, in denen jedenfalls von einem erheblichen Teil der Öffentlichkeit eine "Errungenschaft" der DDR für vorbildlich und erhaltenswert angesehen wird.

Den durch ein Strafgericht der DDR Verurteilten wird durch den Vereinigungsvertrag nach Maßgabe der Anlage I ein eigenes Recht eingeräumt, eine gerichtliche Kassation rechtskräftiger Entscheidungen herbeizuführen (Art. 18 des Einigungsvertrags).

4) Art. 218 des StGB: "Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren ohne mit Geldstrafe bestraft". Die Art. 218-219 sind im Gebiet der ehemaligen DDR nicht anzuwenden. Für dort gilt Art. 153 StGB/DDR und das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 9. März 1972. Art.153 des StGB/DDR: "Wer entgegen den gesetzlichen Vorschriften die Schwangerschaft einer Frau unterbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung bestraft".

IV. Zur Zusammenarbeit zum Wiederaufbau

Unter den akademischen Disziplinen ist die Rechtswissenschaft von jeher besonders herrschaftsnah. Das galt vor allem in den sozialistischen Staaten, wo die Mitglieder der juristischen Fakultäten bedingungslos das zu verkünden hatten, was die Einheitspartei vorschrieb. Die Erneuerung der Universitäten der neuen Bundesländer im Geist einer offenen Wissenschaft die wesentlicher Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist, hat mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen.⁵⁾ Die Neugründungen Rostock, Greifswald, Dresden, Frankfurt an der Oder konnten und könnten ohne Belastung durch die Vergangenheit ins Werk gesetzt werden. Die juristischen Fakultät von Greifswald ist praktisch eine Ziehtochter der juristischen Fakultät Osnabrück. Ihr Aufbau wird von dem Staatsrechtler Ulrich Meyn zügig vorangetrieben. In Rostock wirkt der Hamburger Arbeitsrechtler Zeuner, auch hier ist der Aufbau weitgehend vollendet. In Jena ist der Marburger Werner, in Halle der Strafrechtler (Göttingen) H. Schreiber tätig, der niedersächsische Staatssekretär. In Leipzig steht der Aufbau nach einem ganz verunglückten Start noch am Anfang, ebenso in Dresden. Die Universität Frankfurt an der Oder soll den früheren Bochumer Rektor Ipsen einrichten. Es gibt noch keine konkreten Pläne. Die Schwierigkeiten, die sich mit dem gerichtlichen Verbot der Abwicklung auftürmen, sind beim Neuaufbau der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin besonders deutlich zu erkennen. Maßgeblich beraten wurde und wird der Rektor der Humboldt-Universität von der Dekanin der rechtswissenschaftlichen Fakultät, Rosemarie Will. Diese wiederum erfreut sich der wissenschaftlichen und praktischen Unterstützung einiger aus dem Westen kommenden Staatsrechtslehrer und Staatsrechtspraktiker wie etwa des Bonner

5) Näheres dazu, Ulrich Karpen, Die östliche Staatsrechtslehre zwischen Selbstreinigung und Neubeginn, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Aug. 1991.

Professors Schlink und des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Simon. Der Rektor Fink und die Dekanin Will sind der Auffassung, man hätte den Hochschulen der ehemaligen DDR und ihren Professoren die Chance der Selbstreinigung geben müssen. Sie haben in allen Fakultäten Ehrenkommissionen eingesetzt sowie eine zentrale Kommission als zweite Instanz. Der Rektor hat als Dienstherr des Hochschulpersonals zahlreiche Mitarbeiter entlassen. Das Modell der Selbstreinigung muß jedoch als gescheitert bezeichnet werden. Man kann sich vorstellen, was geschieht, wenn ein Teil der Fakultät über sich selbst und andere Fakultätsangehörige zu Gericht sitzt. Der Ehrenkommission in der juristischen Fakultät gehören drei Dozenten aus dem Westen an. Die Kommission sortierte die Professoren. Daß bei Berufungen den Professoren aus der ehemaligen DDR eine Chance eingeräumt werden soll, ist die inzwischen bei den Wissenschaftspolitikern überwiegende Meinung. Der Einigungsvertrag sieht vor, daß Professoren – wie andere Angehörige des öffentlichen Dienstes aus der ehemaligen DDR auch – eine dreijährige Probezeit durchlaufen. Danach wird über die Überführung in ein Lebenszeit-Beamtenverhältnis entschieden. Über die Kriterien der Übernahme ist man sich weitgehend einig. Es sind drei: wissenschaftliche Qualifikation, persönliche Integrität, Kollegialität. Professor Ernst-Joachim Mestmäcker, der Direktor des Max-Planck-Instituts für Ausländisches und Internationales Privatrecht in Hamburg hielt einen Festvortrag auf der Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 7. Juni 1991 in Berlin. Das Titel lautet eindrucksvollerweise "Die Wiederkehr der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Recht", mit dem Untertitel, "Warum mit der Idee des Sozialismus kein Staat zu machen, keine Solidarität zu stiften und keine Humanität zu wahren ist" (gekürzte Fassung auf die Zeit-Zeitung, 2.Aug. 1991).

Zur Eröffnung der Kooperation zwischen dem rechtswissenschaftlichen Fachbereich der Uni. Halle und der Fernuniversität Hagen am 18. Okt.1990, hielt Professor Dimitris Th. Tsatsos von Hagen einen Festvortrag. Darin sagte er wie folgt.

Ist ein Volk nicht teilbar, so ist auch seine Kultur und somit auch seine politische wie seine Rechtskultur unteilbar – und auch umgekehrt: Die Einheit der Kultur erhält die Unteilbarkeit des Volkes. Trotz vierzigjähriger Isolierung ließ sich in der ehemaligen DDR das Bewußtsein der rechtskulturellen Identität nicht ganz und nur vorübergehend unterdrücken. Das haben viel, vor allem diejenigen bewiesen, für die die Mauer schwächer war als ihr Wille und die Freiheit wichtiger als ihr Leben. Von diesem Bewußtsein rechtskultureller Identität ist auch die beginnende Kooperation zwischen beiden Universitäten getragen.⁶⁾

Schluß

Nach der Ratifizierung des Einigungsvertrags durch die gesetzgebenden Körperschaften in Ost und West Deutschland am 20/21. Sept. 1990, die mit überwältigender Mehrheit erfolgte, ist zum 3. Okt. 1990 der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wirksam geworden. Damit ist auf der Basis des westdeutschen Rechts die erforderliche Rechtseinheit im vereinten Deutschland geschaffen worden.

Trotz der großen Leistung, die in der Aushandlung der beiden Staatsverträge, vor allem aber in den Anlagen I und II des Einigungsvertrages liegt, konnten selbst bei intensivsten Beratungen in nur wenigen Monaten nicht alle Fragen gelöst und alle Fragen bedacht werden, welche die Verschmelzung zweier ehemals so grundsätzlicher Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnungen mit sich bringt. Hier werden noch erhebliche Aufgaben der Rechtsanpassung und der Nachbesserung in Zukunft durch Verwaltung, Rechtsprechung und den Parlament zu bewältigen

6) Dimitrins Th. Tsatsos, Zur Wiedereinigung der deutschen Rechtswissenschaft, Juristenzeitung, 46 Jg. Feb. 1991. S.101.

sein.

Diese juristischen Angelegenheiten sind so kompliziert und empfindlich, daß wir mit besonderer Sorgfalt die Abwicklung dieser Probleme im vereinten Deutschland verfolgen sollen. Aus der Sicht der möglichen zukünftigen Wiedervereinigung Koreas, sind wir der Ansicht, daß wir die Prozedur der rechtlichen Vorgänge im vereinten Deutschland akkurat studieren und zu Rate ziehen sollen.

Ergänzung zum Abschnitt I. (Verfassungsrecht)

Vom Gesichtspunkt des öffentlichen Recht, ist die schwierigste Frage vielleicht, ob die Staatsbeamten der ehemaligen DDR weiter als Bundesbeamten arbeiten lassen würden. Bundesjustizminister Kinkel(FDP) hat ein Berufsverbot für politisch belastete Rechtsanwälte in der ehemaligen DDR gefordert. "Die Anwaltschaft darf nicht zum Auffangbecken für ehemalige Stasi-Offiziere, gnadenlose Richter und Staatsanwälte werden". Vor allem solchen Juristen, die noch kurz vor der Vereinigung am 3. Okt. 1990 als Anwälte zugelassen worden seien, müsse die Lizenz wieder entzogen werden. Der Minister forderte die zuständigen Landesjustizverwaltungen auf diesen Fällen nachzugehen. Bereits seit dem Frühjahr 1990 sei auch in der DDR Voraussetzung für die Zulassung zum Anwaltsberuf gewesen, "daß der Bewerber persönlich und charakterlich geeignet" gewesen sei. Niemand, der unter dem SED-Regime unmenschlich und rechtsstaatswidrig gehandelt habe, könne als Rechtsanwalt geduldet werden, sagte Kinkel, sollte das bestehende gesetzliche Instrumentarium nicht ausreichen, werde er sich für eine Änderung einsetzen.

Und mit dem Asylrechtsproblem der Ausländer scheint die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit juristisch in einer schwierigen Situation zu stehen. Große öffentliche Sachen könnten nicht streng juristisch gelöst werden, sondern eher durch politische Entscheidungen überwunden werden.